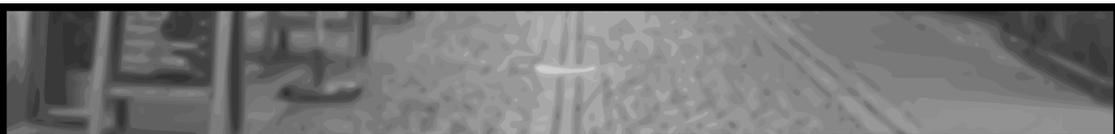


Gesellschaft. Stadt. Verdrängung.



Heidelberg. Eine Stadt für alle?



Gesellschaft. Stadt. Verdrängung.

Heidelberg. Eine Stadt für alle?

Inhaltsverzeichnis

Verdrängung	1
Unkommerzielle Räume	6
Stadtmarketing und Stadtplanung	11
Freiraum	13
Barrierefreiheit	17
Sexismus und Alltag	18
Überwachung	20
Öffentlicher Raum	24
In den Kontext gerückt	25
Aufruf zur Nachttanzdemo 2013 in Heidelberg	27
Aufruf zur Nachttanzdemo 2014 in Heidelberg	30

Vorwort 1. Auflage

Öffentliches Leben bedeutet immer auch gesellschaftlichen Diskurs. Doch sowohl der gesellschaftliche Diskurs, als auch das öffentliche Leben, drohen einzuschlafen, ja eingeschläfert zu werden. Du hast die Broschüre in diesem Moment in der Hand und Du hast sie geöffnet. Das bedeutet, du scheinst interessiert an ihrem Inhalt zu sein. Wir möchten dich gar nicht lange davon abhalten, darin zu stöbern. Es soll nur kurz dargelegt werden, warum und wie diese Broschüre entstanden ist. Im Sommer 2013 hat sich im Zusammenhang mit der Nachttanzdemo 2013 in Heidelberg eine kleine Gruppe zusammengefunden, die sich nicht nur mit der Organisation auseinandersetzen wollte, sondern auch mit den Thematiken, die die Nachttanzdemo anspricht. Eine Demonstration kann Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist selbst aber nicht besonders gut dazu geeignet, Inhalte zu vertiefen. Ziel dieser Broschüre ist es deswegen, Inhalte weiter zu beleuchten und über die Inhalte der Demo hinauszugehen, nicht als Begleitheft, sondern als unabhängiges Medium. Dabei soll diese Broschüre alle erreichen, die interessiert sind, und einen Einstieg in diese Themen suchen, genauso wie jene, die vielleicht nur ganz zufällig diese Broschüre in die Hand bekommen, und sich plötzlich mit Inhalten konfrontiert sehen, die sie bis jetzt noch nicht beschäftigt haben.

Wir hoffen, dass die Broschüre mithelfen kann, eine gesellschaftliche Debatte anzufachen, was öffentliches Leben heute bedeutet und morgen bedeuten soll, damit wir einer freien Gesellschaft näher kommen können. Wir wünschen Dir viel Spaß beim Lesen und hoffentlich viele spannende Anregungen.

nachttanzdemo2013.wordpress.com

August 2013

Vorwort 2. Auflage

Ein Jahr ist vergangen, die Nachttanzdemo 2013 verblasst, und die Broschüre? Aktuell geblieben.

Immer noch gibt es in Heidelberg wenig bis keinen Freiraum, geschweige denn ein Autonomes Zentrum. Schlimmer noch: Schaut man über den Tellerrand Heidelbergs, sieht man allorts von Räumung bedrohte oder bereits zerstörte Freiräume: Ob die Rote Flora in Hamburg, das Autonome Zentrum in Köln, die Wagengruppe „Sand im Getriebe“ in Freiburg oder die Pizzeria Anarchia in Wien – selbstorganisiertes Zusammenleben hat nicht nur keinen leichten Stand, sondern wird von Staat und Städten aktiv bekämpft. Das wollen und dürfen wir uns nicht bieten lassen! Wo unser Lebensraum beschnitten wird, muss unser Widerstand praktisch werden! Denn die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum

wird immer fataler. Dabei betrifft sie uns alle, und wer nichts dagegen tut, stimmt dem Ganzen schweigend zu.

Nachttanzdemo und Broschüre sind nur 2 Bausteine, die wir dieser Verdrängung in den Weg stellen wollen. Protestieren und Informieren sind wichtig, brauchen aber ein stabiles Fundament, das wir tagtäglich gestalten müssen. Lasst uns gemeinsam in unserem Alltag viele solche Bausteine finden mit denen wir dieses Fundament bauen können, um uns der Fremdbestimmung in unserem Alltag entgegen zu stellen.

Lasst uns mit diesen Bausteinen Räume errichten, in denen wir alle ohne Angst verschieden sein können und selbst über unser Leben bestimmen!

August 2014

*Heidelberg hat viele Gesichter. Die Altstadt guckt wie eine Schaufensterpuppe, sehr hübsch aber irgendwie künstlich. Die eine Weststadt hebt behäbig die Augenbrauen über das Stirnrunzeln der anderen Weststadt, deren Miete schon wieder erhöht wurde. Der Emmertsgrund hat für dieses Luxusproblem vielleicht ein süffisantes Grinsen übrig. Bergheim ist viel zu hip sich darum zu kümmern und setzt ein Pokerface auf. Kirchheim und Wieblingen blicken aus runzligen Gesichtern voller Lach- und Zornesfalten nachdenklich auf ihre Umgebung. Die Bahnstadt strahlt wie ein frisch mit Naturkosmetik eingeschmierter Babypopo. Insbesondere die Umgebung des Heidelberger Hauptbahnhofs hat ihr Gesicht in den letzten Jahren stark gewandelt. Wo einst das Autonome Zentrum stand, drängt sich eine schicke Lounge an die nächste. Wo Kinder sich durchs hügelige Brachland wühlten, errichten Baukräne Stadtvillen, Eigentumswohnungen und Wissenschaftszentren. Was kaum für möglich gehalten wurde, tritt nun ein: Die Heidelberger Mietpreise steigen tatsächlich noch weiter, und plötzlich erleben Heidelberger Akademiker*innen, was es bedeutet, dieses seltsame Wort: Verdrängung.*

Verdrängung durch finanziellen Druck

Menschen mit weniger Geld oder niedrigem Bildungsabschluss geht es schon seit Jahrzehnten so. Die Stadt wird aufgewertet, alles renoviert, alles hübsch – aber nicht umsonst. Gezielt werden zahlungskräftige Menschen, die es gern schick haben und die Wirtschaft ankurbeln sollen, angelockt. Wer sich das nicht leisten kann, soll eben woanders hin. Wer wenig Geld hat, soll eben an den Stadtrand ziehen. Wer fast keins hat, muss eben nach Boxberg und Emmertsgrund, da kriegt der Rest von Heidelberg am wenigsten davon mit. Dieser „Gentrifizierungsprozess“ hat nichts mit bösem Wil-

len zu tun. Wer Immobilien besitzt, will einfach nicht weniger daran verdienen, als es möglich wäre. Sonst wartet schon die Konkurrenz auf die Übernahme. Also wird renoviert, egal ob die alten Mieter*innen es wollen oder nicht, und so lange Gewinn gemacht, wie neue Mieter*innen bereit sind, die neuen Preise zu zahlen.

Der Gentrifizierungsprozess ist Ausdruck sozialer Ungleichheit. Es wäre wünschenswert, dass die Menschen gar nicht mehr derart unterschiedliche Mittel zur Verfügung hätten um ihr Leben zu gestalten. Niemand sollte um die Früchte der

eigenen Arbeit gebracht werden. Es sollte keine einseitigen Abhängigkeiten zwischen Menschen geben, bloß weil die eine Person arm und die andere reich ist. Doch ein Arbeitsvertrag regelt keinen gleichwertigen Tausch; nicht einmal, wenn man al-

len Ernstes die eigene Lebenszeit gegen produziertes Geld aufrechnet (eigentlich eine absurde Vorstellung). Bis diese Verhältnisse überwunden sind, gilt es, die Folgen der Ungleichheiten so gut es geht abzuschwächen.

Gentrifizierung

Der Begriff bezeichnet einen sozialen, kulturellen und ökonomischen Umstrukturierungsprozess von Stadtteilen. Zu Beginn dieses Prozesses ist ein betroffener Stadtteil vor allem von Menschen bewohnt, die finanziell schwächer stehen, wie Arbeitslose, Einwander*innen, da die Mieten in diesem Stadtteil besonders niedrig sind. Grund dafür ist auch eine niedrige Wohnqualität.

Diese Stadtteile werden nun von anderen Bevölkerungsgruppen besiedelt, die dieses Viertel aufgrund der niedrigen Mieten als lohnenswert erachten, wie Studierende, Künstler*innen. Damit beginnt eine Aufwertung des Stadtteils. Steigende Mieten auf Grund der höheren Nachfrage führen zu Verdrängung, in welchem eine räumliche Trennung beispielsweise aufgrund von Einkommen erfolgt. Im Zuge der Aufwertung wird die Wohnqualität verbessert, beispielsweise durch Restaurierungen, es entstehen Freizeitangebote etc., und die Mieten steigen. Durch die nun hohen Mieten werden jedoch viele vertrieben. Das Viertel wird zu einem bekannten Szeneviertel, dessen Miete sich nur noch Menschen mit höherem Einkommen leisten können. Damit erfolgt eine räumliche Trennung aufgrund von Einkommen, der Stadtteil wird sozial umstrukturiert.

Verdrängung durch polizeiliche Maßnahmen

Menschen, bei denen Unglücksfälle und Unwägbarkeiten zusammenkommen, landen manchmal schnell

auf der Straße. Nicht jeder Mensch ist imstande, es mit dem Amt aufzunehmen, um nach wochenlan-

gen bürokratischen Strapazen und vollständiger Offenlegung aller persönlichen Finanzdetails doch noch Wohngeld oder Hartz IV zu bekommen. Man sollte meinen, eine Stadt würde die Verantwortung übernehmen, sich dem Problem anzunehmen, Hilfestellung zu leisten, und anzuerkennen, dass Hartz IV als Grundsicherung eines menschenwürdigen Lebens nicht an Bedingungen geknüpft werden kann. Stattdessen wird das Problem so gut es geht ignoriert und mithilfe von Securitys und Ordnungsamt

an möglichst unauffällige Orte verlagert.

In der Heidelberger Altstadt gibt es wenige Obdachlose? Diese werden eben sofort zur Kurfürsteanlage geschickt, ehe sie die Konsument*innen und Tourist*innen beim Shoppen irritieren. Nirgendwo in den Geschäftseingängen der Heidelberger Straßen schlafen nachts Leute? Dort werden sie nämlich aufgescheucht, und suchen ihr Glück deshalb lieber unter Brücken und in versteckten provisorischen Unterkünften am Rand der Stadt.

gender

Der Begriff stammt aus dem Englischen, wobei zwischen dem biologischen Geschlecht, sex, und dem sozialen, gender, unterschieden wird. Durch die Unterscheidung von sex und gender soll deutlich gemacht werden, dass vor allem Verhaltensweisen kein Resultat biologischer Gegebenheiten sind, sondern aufgrund von Erziehung und Sozialisation erfolgen.

Verdrängung durch diskriminierende Gesetze

Dank finanziellem oder polizeilichem Verdrängungsdruck bleibt nichts als die Flucht an die Ränder der Stadt. Nicht einem Verdrängungsdruck, sondern direkter Ausgrenzung ist hingegen ausgesetzt, wer bereits vor Gefahren und Leid geflohen ist, die in Heidelberg als

unvorstellbar gelten dürfen. Asylbewerber*innen bekommen in Heidelberg keine normale Sozialwohnung – sie müssen in „Sammelunterkünften“ leben, die sie selbst „Lager“ nennen. Der erste Unterschied besteht in der Größe der Zimmer, der zweite in der Lage. Heidelberg rühmt

sich für seine moderne Sammelunterkunft mitten in der Stadt – verglichen mit Lagern im Nirgendwo zwischen Schrottplatz und Hundezwinger (wie in Sinsheim) ist sie sicher fortschrittlicher – aber der Rand des Pfaffengrunder Gewerbegebiets ist immer noch weit ge-

nug ab vom Schuss, um Menschen, die sich weder ein Fahrrad noch ein Bahnticket leisten können, effektiv von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fernzuhalten. Die mangelnde Nachbarschaft, abgesehen von einem Studierendenwohnheim 100m weiter, tut ihr übriges.

Gendering

Der Begriff beschreibt den Versuch, Sprache möglichst geschlechtergerecht beziehungsweise geschlechtsneutral zu nutzen. Dazu werden beispielsweise bei Personenbeschreibungen nicht nur die männliche Form genutzt, sondern es wird versucht, durch Markierung Frauen sowie Menschen, die sich zu keinem dieser Geschlechter zuordnen möchten oder können, ebenfalls zu nennen. In der Schriftsprache erfolgt dies durch die Nutzung einer neutralen Form (Studierende) oder durch verschiedene Arten des Genders: Zunächst trat das Binnen-I (StudentIn) in den Fokus, da es sowohl Männer als auch Frauen berücksichtigt. Darauf aufbauen wurde das `gender_gap` (Student_in) verwendet, um durch den Unterstrich den Platz zu symbolisieren, der Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau fühlen, eingeräumt werden sollte. Eine noch weitergehende Form des Genders stellt das Sternchen (Student*in) dar. Das Sternchen steht für die unendlich vielen Geschlechter und wird auch in der dieser Broschüre verwendet.

Die Stadt Heidelberg könnte ein menschenwürdigeres Leben für Geflüchtete ganz einfach fördern. Sie kann das Gutscheins- durch ein Bargeldsystem ersetzen, und statt des zentralen Lagers eine dezentrale Unterbringung mitten unter anderen Heidelberger*innen einführen. Diese

Schritte sind überfällig und können vor Ort entschieden und umgesetzt werden.

Das Ergebnis solcher Verdrängungs- und Ausgrenzungsprozesse sind hart voneinander abgetrennte Bereiche, in denen die Menschen durch die unsichtbare Hand des

Marktes und den sichtbaren Arm des Staates entzweit werden. Das offizielle Gesicht der Stadt repräsentiert nur wenige. Im Gewerbegebiet, ohne direkte Nachbarn, ohne Geld, in ständiger Unsicherheit über die Anerkennung ihrer Fluchtgründe, haben Geflüchtete gar keine Möglichkeit, ein menschenwürdiges Zusammenleben in Heidelberg zu gestalten. Hier hat Heidelberg ein sehr trauriges und besorgtes Gesicht.

Asylbewerberleistungsgesetz

Bevor dieses Gesetz verabschiedet wurde, bekamen Geflüchtete dieselben Sozialleistungen, wie genauso mittellose Deutsche. Mit diesem Gesetz wurde das geändert, so dass Geflüchtete wesentlich weniger finanzielle Mittel bekamen, 2012 z.B. 225€ statt 374€ Hartz IV. Dies wurde vom Bundesverfassungsgericht am 18.07.2012 als Verstoß gegen die Menschenwürde gekippt. Es besteht außerdem die Möglichkeit, statt Geld nur Gutscheine oder Sachleistungen zu geben; in Heidelberg gibt es Gutscheine. Auch die medizinische Versorgung ist eingeschränkt.

Bei den übrigen Stadtbewohner*innen werden rassistische Vorurteile durch die Trennung der

Geflüchteten vom Rest der Stadt begünstigt: Geflüchtete erscheinen nicht als Nachbar*innen, sondern als „die Leute da drüben im Heim“. Statt einander kennenzulernen, bleibt man einander fern, so dass allerlei Vorurteile ohne jede Korrektur vor sich hin gären können.

Anfang der 1990er steigerten sich die Vorurteile an vielen Orten, im Osten wie im Westen, bis hin zu Pogromen, in denen brennende Asyllager und fliehende Geflüchtete neben Bratwurstbuden und Hitlergrüßen die Bilder in den Nachrichten prägten. Viele Medien reihten sich in den Zynismus der Situation ein und sprachen daraufhin nicht etwa von einem Rassismusproblem, sondern von einem „Asylproblem“. Folgerichtig unternahm die Politik dann auch wenig gegen den weitverbreiteten Rassismus in der Bevölkerung, oder gegen die organisierten Nazis etwa beim Thüringer Heimatschutz, sondern schränkte das Menschenrecht auf Asyl stark ein. Nur wer nachweislich politisch, religiös oder sexuell verfolgt ist, kann überhaupt noch Asyl in Deutschland gewährt bekommen. Bürgerkrieg ist kein Asylgrund („instabile Verhältnisse“), ebensowenig Naturkatastrophen („Klimaflüchtlin-

ge“) oder Hungersnot („Wirtschaftsflucht“). Seit das Asylbewerberleistungsgesetz 1993 eingeführt wurde, bekommen Geflüchtete außerdem wesentlich weniger als die verfassungsrechtliche Grundsicherung. Zudem wird ein Großteil des Betrags nicht als Geld, sondern als Gutscheine ausgezahlt, die nur in

bestimmten Läden für bestimmte Güter gelten. Das ist entmündigend. Dass ein Land, das für den größten Flüchtlingsstrom des 20. Jahrhunderts die Verantwortung trägt, so mit Menschen umgeht, die vor Verfolgung, Folter, Vergewaltigung und Todesgefahr geflüchtet sind, zeugt von Geschichtsvergessenheit.

Unkommerzielle Räume

Sobald man sich in der Heidelberger Altstadt aufhält ohne Shoppen oder Weggehen zu wollen, weiß man nicht mehr recht, wo man hin soll. Die gesamte Erdgeschosszone der Hauptstraße gleicht einer Aneinanderreihung von Werbekatalogen. Die angebotenen Waren leisten kann man sich bis auf wenige Ausnahmen nicht, und vielleicht hat man auch gar keine Lust auf den Kram. Die Straßen sind gepflastert mit Cafés, aber man darf sich nirgends hinsetzen, ohne übertriebene Getränke zu kaufen. Aufenthaltsmöglichkeiten, wo man selbst entscheiden könnte, welche Musik läuft, ob man Getränke konsumieren will oder nicht, wie lange man bleibt, erscheinen beinahe undenkbar. Wer sich mit Ghetto-Blaster an den Straßenrand oder auf Plätze setzt, wird

binnen Minuten vom „Sicherheitspersonal“ der Läden oder vom Ordnungsamt verscheucht.

Besonders krass ist die Situation für Jugendliche in der zunehmend spärlichen Freizeit neben Schule und Hausaufgaben. Während Studierende vor dem Kommerz der Altstadt in ihre WGs fliehen können, bleibt Jugendlichen bestenfalls der Parkplatz am Supermarkt. Man hat tausend Ideen, das gesammelte Wissen des Internets steht bei der Umsetzung zur Seite – aber leider fehlen die Ressourcen und die Orte, das zu tun.

Es gab und gibt in Heidelberg immer wieder Initiativen, die diesen Zustand nicht länger hinnehmen wollen, und sich ihren Raum selbst schaffen wollen. Wenigstens als Insel inmitten der kapitalisti-

schen Gesellschaft. „Freiraum“ war einst das Stichwort für diese Bewegung; und alle wussten, was gemeint war: ein Raum, dessen Nutzung von den Benutzer*innen selbst bestimmt und organisiert wird, wo es keinen Konsumzwang gibt, wo man frei ist von ausgrenzenden und diskriminierenden Zuschreibungen und einfach sein kann, wer man ist.

Heute ist „Freiraum“ das Werbemotto der Bahnstadt – „Freiraum für Ideen“. Im Stadtentwicklungsplan wird man ebenfalls fündig – hier meint „Freiraum“ beispielsweise Grünflächen und Biotope. Einmal in dem Stadtentwicklungsplan lässt die Verwendung des Worts „Freiraum“ dagegen aufhorchen und stimmt hoffnungsvoll: Nämlich im Stadtentwicklungsziel „Freiraum für unterschiedlichste kulturelle Ausdrucksformen“. Doch schon der Blick in den „Nachhaltigkeitsbericht 2011“ wo die Erreichung dieses Ziels diskutiert wird, lässt die Illusion verpuffen: Hier wird auf Bildungsangebote der Stadt, die Museen und das städtische Theater verwiesen – wichtige und gute Dinge, aber eben kein Freiraum!

Freiräume in Heidelberg – die „unendliche Geschichte“ wird zur Tragödie

Entsprechend liest sich dann auch der Umgang der Stadt mit Freiraum-Initiativen in der Vergangenheit wie eine Tragödie. 1999 wurde das Autonome Zentrum (AZ) Heidelberg geräumt, das bis dahin ein wichtiger Anlaufpunkt für Jugendliche war und einen selbstverwalteten Raum für vielfältige politische und kulturelle Angebote bot. Die Lücke, die damit gerissen wurde, klafft bis heute. An ihre Stelle ist der hippe medienwirtschaftliche Freelancer-Stadtteil Bergheim getreten.

Es folgte eine Verhandlungsphase zwischen den ehemaligen AZ-Nutzer*innen und Bewohner*innen mit der Stadtverwaltung – diese hatte bei der Räumung des AZ Ersatz versprochen – welche von unverständlichen Verzögerungen und Einschränkungsversuchen seitens der Stadtverwaltung behindert wurde. Als sich im Zuge dessen der Konflikt in Wort und Tat, beispielsweise durch Raumnahmen und Hausbesetzungen, verschärfte, zog sich die Stadtverwaltung aus den Verhandlungen zurück, da man nicht mit „Gewalttättern“ – so lautete inzwischen die gerne gebrauchte Un-

terstellung gegenüber den exilierten AZ-Nutzer*innen – verhandele.

Autonomes Zentrum (AZ)

Viel mehr als nur ein Haus. Ein Autonomes Zentrum wird von den Nutzer*innen selbstverwaltet gestaltet. Hierarchien jeder Art werden dabei vermieden. Ein AZ bietet Raum für kulturelles Programm und politische Arbeit. Dort wird nicht auf Gewinn gewirtschaftet, sondern unkommerziell auf Kostendeckung. Also können sich Jugendliche und Menschen mit weniger Kohle die Getränke dort eher leisten, wobei es keinen Konsumzwang gibt. Der Anspruch eines Autonomen Zentrums ist nichts geringeres, als wenigstens in diesem einen Haus einer herrschaftsfreien Gesellschaft so nahe zu kommen, wie es inmitten des Kapitalismus geht.

Die Hausbesetzungen wurden sämtlich durch rigorose Polizeieinsätze beendet und blieben somit erfolglos. Dennoch schienen sie die einzige verbliebene Möglichkeit zu sein, um überhaupt für Freiräume aktiv und selbstbestimmt vorgehen zu können und nicht von einer verhandlungsunwilligen Stadtverwaltung abhängig zu sein, die darüber hinaus nicht einmal zu ihren Versprechen stehen wollte. Eine

andere Strategie verfolgte die Initiative Anarres, die sich zum großen Teil aus dem AZ im Exil rekrutierte. Anarres Ziel ist Öffentlichkeit für die Bewegung um ein neues autonomes Zentrum zu schaffen und so, beispielsweise mit Solipartys, Kreditzusagen und Spenden, Geld für den Kauf eines eigenen Hausprojektes zusammenzubekommen.

Sie war über Jahre die bestimmende Initiative zur Schaffung politisch-kultureller Freiräume in Heidelberg. Ab 2007 startete eine neue Generation aus politisierten Jugendlichen mit der Initiative für ein Jugendkulturzentrum im ehemaligen Bahnbetriebswerk einen neuen Versuch Verhandlungen zu führen. Sie entstand aus dem Jugendgemeinderat, war also entsprechend eng mit ihm verbunden, und versuchte im Unterschied zu einem autonomen Zentrum ein selbstverwaltetes Jugendkulturzentrum auf hauptsächlich parlamentarischem Wege zu erreichen. Der Jugendgemeinderat trieb das Projekt voran und arbeitete ein Nutzungskonzept aus, das 2008 dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Die Behebung des akuten Mangels an Räumen für kreative Betätigung, unkommerzielle Freizeitangebote und selbstorganisiertes Leben von und

für Jugendliche schien endlich erreichbar. Doch statt die Pläne der Jugendlichen durch die notwendigen Baumaßnahmen zu unterstützen, berief sich der Gemeinderat lieber auf die Finanzkrise und vertröstete den Jugendgemeinderat auf eine kleinere „Übergangslösung“ im nächsten Doppelhaushalt.

Als dessen Beschluss 2010 anstand, wurde ein zweiter Anlauf gestartet, diesmal andere, kleinere Räumlichkeiten gestalten zu dürfen. Durch einen Verwaltungsakt wurde dieser erneute Versuch, auch nur einen Übergang zu schaffen, zum Scheitern gebracht. Das benachbarte Chemieunternehmen Henkel-Teroson erwirkte in Berufung auf eine sogenannte Gefahrenverordnung die Abwicklung aller in der Nachbarschaft angesiedelten Versammlungsorte, womit der Treffpunkt unmöglich wurde. Dass dahinter die Sorge vor den eigenen gefährlichen Produktionsmethoden stand, ist unglaubwürdig, insbesondere seit das Unternehmen Absichten geäußert hat, seinen Firmenstandort auszubauen.

Trotz dieser Geschichte und dieser Aussichten gab es 2012 einen erneuten Anlauf des Vereins für kulturellen Freiraum in Selbstverwaltung, das selbstverwaltete Jugend-

kulturzentrum zu verwirklichen. Im fünften Jahr und zum dritten Mal wurde erneut in monatelanger Arbeit ein Nutzungskonzept, diesmal für die Dischingerstraße 5 im Pfaffengrund, ausgearbeitet. In Nachbarschaft zum Kosmodrom, einer unkommerziell betriebener Veranstaltungshalle, welche zuvor ebenfalls der Gefahrenverordnung weichen musste, sollten hier Werkstätten, Medienraum, Proberäume, Gruppenräume und ein Cafébetrieb mit kleiner Bühne ermöglicht werden.

Der Entwurf wurde von den Aktivist*innen als guter Schritt hin zu einem selbstverwalteten Jugendzentrum gesehen, aber sicherlich nicht als Ziel aller Bestrebungen. Trotzdem erwies sich die verbreitete Hoffnung und Aufbruchstimmung als trügerisch: Die hohen Kosten zur Renovierung der Halle, die sich im Planungsprozess als immer maroder herausstellte, war der Stadt dann doch wieder zu teuer. Obwohl über fast ein Jahr zeit- und kostenintensiv geplant wurde und die Stadt zu jedem Zeitpunkt Einblick in der Planungsprozess hatte, zeigte sie sich schließlich überrascht von den „unerwartet hohen Kosten“ beim Umbau einer alten Werkshalle mit uralten Leitungen in schallgeschützte

Räume mit funktionierender Infrastruktur.

Während der Haushaltsdebatten kam es zum Showdown bei dem nicht eine der beteiligten Parteien ihr Wort hielt. Der Oberbürgermeister, als Spitze der Stadtverwaltung, trug die Kosten für das Projekt nicht mit und stellte nicht genügend Geld in den Haushalt ein. Einigen Vertreter*innen der Politik ging das aber nicht weit genug und so beantragte die SPD im Gemeinderat eine weitere Kürzung des Haushaltspostens. Dass sie keine vollständige Streichung beantragte, zeugt nicht von ihrem Interesse an selbstverwalteter Jugendkultur, sondern von ihrem taktischen Geschick: Es hätte doch arg schlecht ausgesehen, wenn die SPD, die sich die Unterstützung der Jugendkultur immer auf die Fahnen geschrieben hatte, eine Streichung der Jugendkultur beantragt hätte. Eine Kürzung der 1 Mio. Euro im Haushalt auf 300.000 Euro und ein paar nette Worte hatte jedoch exakt denselben Effekt, und fand prompt die Mehrheit im Gemeinderat. Der SPD kommt in diesem Zusammenhang aus einem weiteren Grund eine besondere Rolle zu: Sie hätte mit ihren Stimmen zusammen mit den sonstigen selbsternannten „Progressiven“ im Ge-

meinderat die Kürzung abwenden können. Stattdessen folgte sie dem rechtsbürgerlichen Lager und verlangte selbst eine Kürzung.

Diese Politik in der Stadt Heidelberg, eine Mischung aus Hinhaltenaktik, Wortbruch und Bevormundung, ist unerträglich. Weder über den Jugendgemeinderat, noch über unabhängige Initiativen und Vereine hat sich die Stadt Heidelberg in über 10 Jahren zu irgendeiner Unterstützung für ausreichend große Räume für selbstverwaltete Jugendkultur bewegen lassen, jenseits von Lippenbekenntnissen.

Wer die Geschichte dieser politischen Nichtdurchsetzung selbstverwalteter unkommerzieller Räume in Heidelberg kennt, kann Jugendlichen nicht mehr ernsthaft und verantwortungsvoll empfehlen, sich auf kommunalpolitischem Wege für ihre Interessen einzusetzen. Wir würden uns wünschen, dass Heidelberg uns Anlass gäbe, diese Empfehlung zur Verweigerung dessen, was uns als demokratische Kommunalpolitik verkauft wird, zurückzunehmen, aber darauf bauen können wir nicht mehr. Selbstverwaltung in Heidelberg wird eingeebnet: Mal durch eine Verwaltungsbürokratie, die jeden Paragraphen nutzt, um Konzepte einzuschränken, wenn

sie nicht ganz plattgewalzt werden; mal durch die bürgerliche Stadtpolitik, die weder zu konkreten Versprechen noch zu ihren propagierten Grundsätzen steht. Warum sie das nicht tut? Eben weil die Politik

gehorsam allen Sparzwängen, denen sie unterliegt, vorrauseilt, besonders wenn es darum ginge diese Logik, wenn auch nur teilweise, zu durchbrechen.

Stadtmarketing und Stadtplanung

Der Wandel in der Stadtpolitik in den letzten Jahrzehnten lässt sich vor allem auch auf einen Wandel in der Art der Wirtschaftsförderung zurückführen. Das „Image“ der Stadt rückte in den Mittelpunkt, um als Wirtschaftsstandort gut dazustehen. Aufwendige Imagekampagnen konzentrierten sich auf das Außenbild der Stadt im globalen Wettbewerb der Städte, statt die Bedürfnisse der Bewohner*innen zu berücksichtigen.

Ein Beispiel für diesen Wandel ist der Kreativwirtschaftsbericht der Stadt Heidelberg, welcher mit immensem Aufwand ein Bild der jungen, urbanen, kreativen, flexiblen EinzelkämpferInnen in romantischer, hipper Atmosphäre erzeugen will. Wir erleben hingegen seit Jahren ein gezieltes Bekämpfen von Initiativen und Ideen von eben diesen jungen, kreativen Köpfen, wenn sie sich mit unkommerzi-

ellen Alternativen auseinander setzen. Es geht also gar nicht um die Ideen, sondern nur um die Verwertbarkeit und den Gewinn, der sich aus ihnen herausziehen lässt. Es bestehen strukturelle Zwänge in einer Stadtpolitik, welche sich mit einem Wettbewerb konfrontiert sieht, und verzweifelt versucht, in ihm zu bestehen.

Wir setzen unsere Ideen aber gegen diesen Wettbewerb; wir ändern die Prämissen des Ganzen. Wettbewerb kann nicht der Weg zur solidarischen und emanzipierten Gesellschaft sein. Eine Stadtplanung, die darauf ausgelegt ist, ein attraktives Image zu erzeugen, ist nicht alternativlos. Stadtmarketing ist nicht notwendig, wenn sich die Stadt als Lebensraum beweisen will, anstatt sich aufzupolieren, um sich verkaufen zu können.

Die Konversionsflächen in Heidelberg

Die US-Armee hatte nach dem 2. Weltkrieg einen ihrer größten europäischen Stützpunkte in Heidelberg eingerichtet. Ihre Flächen, die sich von außen durch Zäune und Kontrollposten ringsum auszeichnen, waren zum Teil bloß große Häuserblöcke mit Kasernen oder Wohnungen für die Angehörigen der Militärs, zum Teil waren sie als kleine unabhängige Städte in der Stadt organisiert, mit Kasernen, Wohngebäuden, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Nun zieht die US-Armee aus Heidelberg ab, und 2000 Wohnungen auf ca. 200ha Fläche in der Südstadt, Kirchheim und in Patrick Henry Village südwestlich von Heidelberg werden frei. Weil ihre Nutzung verändert wird, heißen sie „Konversionsflächen“.

In anderen Städten, beispielsweise in Freiburg, haben die Konversionsprozesse ehemaliger Kasernen günstige und alternativ organisierte Mietshäuser und andere Projekte ermöglicht. Viele Heidelberger*innen setzen große Hoffnungen in die Konversionsflächen, denn bezahlbare Wohnhäuser sind in Heidelberg äußerst rar. Die Vereine Horizonte, Kommunale, Konvisionär, Hagebutze, Collegium Academicum und

Wohnstadt-Werkstatt haben sich als „Heidelberg vernetzt“ zusammengesetzt, um dort ihre Wohn- und Kulturinitiativen umzusetzen.

Sie alle wollen Projekte rund um gemeinschaftliches und selbstverwaltetes Wohnen aufbauen. Dabei reichen die angestrebten Wohnformen vom Mehrgenerationenhaus bis zum Studierendenwohnheim. Mal stehen enge Nachbarschaft und Gemeinschaftsgärten im Vordergrund, in anderen Konzepten soll zugleich ein Raum für politische Auseinandersetzung, oder für kulturelle Veranstaltungen geschaffen werden.

Gemein ist den Initiativen jedoch, dass das alltägliche Leben in der Wohnumgebung dort von den Bewohner*innen selbst nach ihren eigenen Wünschen, Vorstellungen und Möglichkeiten gestaltet werden soll. Barrierefreiheit und das gemeinschaftliche Leben der unterschiedlichsten Menschen – seien es Singles, Senior*innen und Kleinkind-Familien, oder Studierende aller Fachrichtungen und Herkunftsländer – gelten dort als selbstverständlicher Bestandteil des Zusammenlebens. Diese kleine Veränderung in der Frage, ob eine aus der Ferne agierende Verwaltung oder die Bewohner*innen über die Nutzung von Haus und Garten entscheiden,

wer mitmachen darf und wer nicht, ob aufeinander Rücksicht genommen wird oder ob weggeschickt wird wer besondere Bedürfnisse hat, bewirkt eine große Veränderung im Alltag. Es wird selbstverständlicher, selbst zu entscheiden und solidarisch zu handeln.

Jede Initiative benötigt einen ganzen Block von Wohnungen, so dass nur die Konversionsflächen in Heidelberg gut geeignet sind. Alle Wohnformen brauchen Platz in der Stadt, ob „alternativ“ oder nicht. Die alternativen Wohnprojekte gehören deshalb nicht an den Rand der Stadt gedrängt (etwa nach Patrick Henry Village), sondern mitten hinein. Die Flächen in der Südstadt (Mark Twain Village) und in Kirchheim (Patton Barracks) sind dafür am interessantesten.

Zunächst fallen die Konversionsflächen an die Bundesimmobilienanstalt (BIMA), die aufgrund der Staatsverschuldung gesetzlich verpflichtet ist, diese meistbietend zu versteigern. Das geschieht in relativ großen Landparzellen, die voraus-

sichtlich von Großinvestor*innen gekauft werden sollen. Schlechte Voraussetzungen für kleine Projekte! Doch die Stadt Heidelberg hat das Recht, Flächen zu kaufen, bevor diese auf den Markt kommen. Deshalb haben sich die kleinen Initiativen als „Heidelberg vernetzt“ zusammengenommen und fordern von der Stadt, Parzellen zum Weiterverkauf an ihre Projekte, sowie für bezahlbare Mietwohnungen und städtische Infrastruktur von der BIMA zu kaufen.

Angesichts der Lage auf dem internationalen Immobilienmarkt ist dies eine von wenigen Chancen, die vielfältigen Ideen der Projekte zu verwirklichen. Es ist unabdingbar, dass die Stadt Heidelberg wenigstens den Teil der Konversionsflächen, für den konkrete Initiativen konkrete Pläne haben, dem Immobilienmarkt entzieht. Alles andere wäre ein Affront gegenüber den Menschen, die sich seit Jahren für ein solidarischeres Leben in Heidelberg einsetzen. Eine direkte Zusage der Stadt Heidelberg fehlt bislang.

Freiraum

Warum Handeln dringend geboten ist, wird im normalen Alltag oft

auf scheinbar banale Weise deutlich. Das Leben in dieser Gesellschaft ist

bei weitem nicht frei. Sexistische Übergriffe sind nicht nur im Heidelberger Nachtleben an der Tagesordnung. Oft werden sie einfach so hingegenommen, weil der Abend nicht ruiniert werden soll. Aber diese Alltäglichkeit ist für viele unerträglich. Niemand sollte entweder diese Art der Erniedrigung hinnehmen, oder sich gänzlich vom Party machen verabschieden müssen.

Euch geht es möglicherweise auch manchmal so, dass ihr, wenn ihr einen Club, ein Restaurant, oder einfach nur die Stadtbücherei betretet, das Gefühl habt, die Menschen in eurer Umgebung urteilen über euch, versuchen euch in Kategorien zu pressen und behandeln euch dementsprechend. Vielleicht gibt euch ein schräger Blick dieses Gefühl oder ein Kommentar, den ihr zufällig mithört. Das wiederum schränkt euch in euren Handlungen und eurem aktiven Leben stark ein, ihr könnt nicht so reden, euch so bewegen, ja einfach so atmen wie ihr es in diesem Moment für richtig haltet. Vielleicht sucht ihr nach einem Ort, an dem dies nicht der Fall ist, einem Ort, an dem ihr euch frei fühlen und entfalten könnt? Aber wie könnte ein solcher Ort gestaltet werden?

Allerdings ist das normalerweise mit dieser Idee verbundene Wort, Freiraum, in der letzten Zeit mehrfach – z.B. durch ein einschlägiges Immobilienprojekt mit dem Namen Bahnstadt – in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Bahnstadt, ein teures Prestigeobjekt der Stadt, wird zur Zeit in Heidelberg errichtet. Der „Freiraum“ Bahnstadt erschöpft sich jedoch bislang darin, dass zwischen den prunkvollen Neubauten keinerlei Leben stattfindet.

Dies soll uns aber nicht davon abhalten das Wort „Freiraum“ zu verwenden; es soll dabei nicht der Eindruck entstehen, unser politisches Ziel würde sich in Eigentumswohnungen und Stadtvillen erschöpfen, wie dies im Falle der Bahnstadt geschieht. Wir wollen nicht zulassen, dass der Begriff „Freiraum“ auf diese Weise umgedeutet wird. Deswegen möchten wir genauer erklären, was wir mit „Freiraum“ meinen. Einem Begriff, der so schillernd ist, dass wir ihn beinahe durch den Begriff „Regenbogen“ ersetzen wollten.

Wie kann nun dieser Freiraum überhaupt aussehen? Es soll ein Raum sein, in dem sich jede*r genau so wohl fühlen kann, wie er*sie ist, wo er*sie sich nicht verstellen muss, um angesehen zu werden, wo sich nicht bewiesen werden muss und die

Grenzen eine*r*s Jeden respektiert werden. Das ist natürlich nur möglich, wenn jede*r, der*die sich darin bewegt, auch die Grenzen der anderen respektiert und sich nicht darüber hinwegsetzt. Deshalb haben Antisemitismus, Rassismus, Faschismus, Sexismus, Nationalismus, Homophobie, Diskriminierung und die restliche Scheiße, die in der hiesigen Gesellschaft als deutsche Normen und Werte verkauft werden, in einem Freiraum keinen Platz. Wir wollen einen Raum schaffen, frei von Konsumzwang und Verwertbarkeit.

Dieser Freiraum soll aber nicht nur ein luftleerer Raum sein, in dem mensch frei von vielen Dingen ist, es soll auch ein Raum sein, in dem mensch frei zu kultureller und politischer Arbeit ist. Für emanzipatorische politische Arbeit gibt es in der deutschen parlamentarischen Demokratie keinen Platz, diese bindet bloß jede Initiative in Vertretungsstrukturen ein. Wer seine Stimme nicht abgeben sondern einsetzen möchte, wer das eigene Umfeld selbst gestalten möchte, wer selbst über die eigenen Belange entscheiden möchte, statt jahrzehntelang an Gremien voller Vertreter*innen zu appellieren, die selbst meist nicht von ihren Entscheidungen betroffen sind, benötigt Raum dazu.

Genau diese Räume werden aber aktuell durch die Mehrheitsdemokratie immer weiter zurückgedrängt. Man könnte meinen, sie fürchte um ihre Macht gegenüber den Menschen, deren Macht sie angeblich demokratisch ausübt.

Warum wir das für nötig halten? Die Normalität ist uns zu absurd.

- Es gilt als normal, wenn – reflektiert, selbstbestimmt und über Sexismus erhaben – vormittags in der Weststadt auf 9 Mütter mit Kleinkind 1 Vater mit Kleinkind kommt.
- Es gilt als normal, wenn – wo Rassismus längst offiziell aus dem deutschen Staat verschwunden scheint – Geflüchtete in eine „Sammelunterkunft“ (das ist der Name in Behördensprech, die Geflüchteten nennen es „Lager“) neben dem Pfaffengrunder Gewerbegebiet gepfercht und mit zweckgebundenen Gutscheinen weit unter dem Wert des verfassungsgerechtlich festgestellten Existenzminimums abgefertigt werden; die gesetzliche Grundlage dafür wurde übrigens 1993 infolge der Pogrome in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Solingen etc. geschaffen.

- Es gilt als normal, wenn – in der vielfältigen, bunten Gesellschaft, die mit Selbstverständlichkeit keine „kulturell-rassistischen Zuschreibungen“ vornimmt – Jugendliche mit türkischen Namen achtmal so viele Bewerbungen schreiben müssen wie ihre Schulfreund*innen mit deutschen Namen, während die Nation ungeniert ihre Deutschlandfähnchen wedelt.
- Es gilt als normal, wenn – in Zeiten, in denen man die Interessen der Jugendlichen ernst nimmt – Heidelberger Jugendinitiativen von der Kommunalpolitik jahrelang hingehalten, zermürbt und abserviert werden.
- Es gilt als normal, wenn – 70 Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus – Politiker*innen, Chef*innen und Lehrer*innen nach ihren Führungsqualitäten beurteilt werden.
- Es gilt als normal, wenn – in Zeiten, in denen selbstverständlich unzählige Richtlinien gegen ökologische Zerstörung erlassen wurden – jeden Tag hunderte Kilo Brot in die Müllcontainer der Bäckereien wandern, tonnenweise Milch weggeschüttet wird.
- Es gilt als normal, wenn – frei von jeder Homophobie und lediglich zum angeblichen Schutz der „traditionellen“ Familie – Lesben und Schwulen immer noch das Adoptionsrecht vorenthalten wird, während „schwul“ in der Schule als Schimpfwort gebraucht wird.
- Es gilt als normal, dass es an der PH, die Sonderpädagogik unterrichtet, keine Barrierefreiheit gibt.

Eben absurd.

Angesichts dieser Zustände müssen wir Räume (im weitesten Sinne des Wortes) schaffen, die Normalität hinterfragen und uns die Freiheit lassen, Alternativen zu denken. Räume, wo Faschismus, Sexismus, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus, und jede sonstige Form von Diskriminierung keine Chance haben. Es geht darum, mögliche bessere Welten zu entdecken und die ersten Schritte dorthin zu unternehmen. Selbstbestimmt, gemeinsam und solidarisch.

Dass es in Heidelberg momentan nur wenige Freiräume in unserem Sinne (s.o.) gibt, ist aber nicht allein darauf zurückzuführen, dass es im Rathaus und an anderen verantwortlichen Stellen ein

paar Personen gibt, die sich uns in dem Bestreben, einen solchen Raum zu schaffen, in den Weg stellen. Vielmehr muss die uns umgebende Gesellschaftsordnung verantwortlich gemacht werden.

In einem System, das sich auf Profitmaximierung, auf Produktions- und Konsumzwang stützt, sind alle Elemente, die sich nicht in dieser Weise verwerten lassen unerwünscht. Ein Ort, an dem

diese Herrschaftsverhältnisse hinterfragt werden und der ihnen nicht unterworfen ist, kann dagegen schwer bestehen. Solange Eigentum, Mieten, Materialkosten und die absolute Notwendigkeit der Refinanzierung entscheidend bleiben, lässt sich in der aktuellen Gesellschaft auch kein kleiner Freiraum umsetzen. Diese unterdrückenden Verhältnisse gilt es umzukrempeln.

Barrierefreiheit

Vor einiger Zeit gab es in Heidelberg große Umbauaktionen, z.B. am Bismarckplatz, um Haltestellen für Rollstuhlfahrer*innen zugänglicher zu machen. Die Behauptung, der öffentliche Raum wäre nun barrierefrei, ist jedoch übertrieben. Denn für Heidelberg ist die komplette Barrierefreiheit bislang unerreichter Idealzustand, selbst von Barrierearmut zu sprechen wäre falsch. Auch hier zeigt sich, dass Stadtplanung und Umbaumaßnahmen von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst sind. Touristische Sehenswürdigkeiten und beliebte Ausflugsziele, wo Besucher*innen viel Geld ausgeben, sind meist mit Rolli-Rampen und Aufzügen ausgestattet. Sobald man

sich aber andere Bereiche ansieht, ändert sich das Bild. So sind z.B. einige Bürgerbüros und viele Ämter, also Institutionen zu denen jede*r Bewohner*in der Stadt Zugang haben sollte, per Rollstuhl gar nicht erreichbar; kein einziges Bürgerbüro kann ein Mensch im E-Rolli ohne Hilfe aufsuchen.

Entgegen des verbreiteten Bildes betrifft das Thema „Barrierefreiheit“ nicht nur Menschen im Rollstuhl, sondern auch Blinde und Gehörlose. Doch auch auf ihre Bedürfnisse geht die Stadt kaum ein. Braille-Schrift als Ergänzung von Schildern, z.B. an Haltestellen, sucht man vergebens. Sich bei einem Behördengang oder am Bahnschalter in Gebärden-

sprache verständigen zu können, ist oft nicht möglich. Auch Sprache, ein Medium, das Menschen eigentlich verbinden soll, kann Barrieren erschaffen. Alles in der Stadt, ob wichtige Ankündigungen, Antragsformulare oder Hinweisschilder, ist auf Menschen ausgelegt, die lesen, sprechen und hören können.

Denn so ist die Funktionslogik der neoliberalen Stadt. Sie wird für

eine vermeintliche „Norm“ konzipiert, die für Leistungsfähigkeit und Mobilität steht. Alle, für die eine solche Stadt dann Hürden aufwirft, gelten als „krank“ oder „behindert“. Aber Behinderungen sind nichts, was Menschen innewohnt. Behinderungen entstehen durch ein Umfeld, das nicht auf die Bedürfnisse aller eingeht.

Sexismus und Alltag

Oft hört man, Sexismus spiele keine große Rolle mehr, die Frauen seien doch schon emanzipiert, und überhaupt, wir haben doch eine Kanzlerin. Aber stimmt das?

Seit langem gibt es die Idee, dass es zwei biologisch völlig verschiedene Geschlechter, nämlich Mann und Frau, gebe. Diese werden seitdem durch ein Bündel von Eigenschaften beschrieben, die einander entgegengesetzt sind, oder auch bloß als entgegengesetzt konstruiert wurden. Oft sind diese Eigenschaften mit der Vorstellung eines idealen männlichen bzw. idealen weiblichen Körpers eng verknüpft worden, bezogen sich aber zugleich auf den Charakter. Beispielsweise stark/schwach,

geistreich/gefühlvoll, aktiv/passiv, aggressiv/sanft.

Diese Vorstellung sollte eigentlich von der Existenz von Intersexuellen, von Menschen deren gefühltes und körperlich zugeschriebenes Geschlecht nicht zusammenpassen, eigentlich sogar von jedem einzelnen Menschen arg hinterfragt worden sein, denn niemand entspricht dem Idealbild von „Mann“ oder „Frau“ vollständig. Doch sie hält sich erstaunlich beharrlich. Ob im Spielwarenladen, der strikt nach blau und rosa trennt, in der Mode, oder beim Umzug, wo völlig selbstverständlich nach „starken Männern“ gerufen wird, weil davon ausgegangen wird, dass ein Mann besser schleppen kann als eine Frau – auch wenn

er täglich im Büro sitzt und nie Sport treibt, während sie täglich alte Menschen auf ihre Rollstühle hievt.

Es ist alles andere als einfach, diese alltäglichen Zuschreibungen, die uns alle einschränken, loszuwerden. Wir müssten aufmerksam hinschauen, welche Rollen im eigenen und im fremden Kopf herumgeistern. Dinge ausprobieren, bei denen wir gelernt haben, andere für kompetenter zu halten. Wir müssten auch mal in den sauren Apfel einer „untypischen“ Aufgabe beißen, die ungewohnt und anstrengend sein kann.

Doch diese kruden Norm-Vorstellungen beziehen sich nicht nur auf einzelne Menschen, sondern auch auf ihre Beziehungen. Es galt lange, dass sexuelle Beziehungen nur zwischen einem Mann und einer Frau akzeptabel seien. Die Verantwortung für das Geld galt in den Familien, die sich leisten konnten, dass nicht alle Erwerbsfähigen Lohnarbeiten, als Männersache; die Verantwortung für die Kinder und den Haushalt als Frauensache.

Bis ins 21. Jahrhundert gab und gibt es Benachteiligungen für nicht-Heterosexuelle und für alle, die nicht recht ins Mann/Frau-Schema hineinpassen; sei es beim Adoptionsrecht oder beim Sterilisations-

zwang für Menschen, die ihr Geschlecht verändern möchten. Nicht-Heterosexuelle werden zwar in Europa nicht mehr auf offener Straße gelyncht, aber in der Schule so oft gemobbt, dass die Selbstmordrate im Jugendalter für sie deutlich höher ist.

Programme für Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeugen zwar von einem gewissen Bewusstsein für Rollenverteilungen in der Gesellschaft, das über die letzten 100 Jahre von Feminist*innen erkämpft wurde. Sie werden jedoch von erschreckend vielen Menschen als „Frauensache“ betrachtet. Parteien lassen vor Wahlen stets Frauen zu diesem Thema sprechen. Im Jahr 2010 teilten sich 94% der jungen Familien ihre Elternzeit nicht fair auf, sondern ließen den Vätern viel weniger als den Müttern zukommen – zu Drei Vierteln hatten die Väter gar keine Elternzeit. Das alles zeugt davon, wie weit der Weg noch ist, bis diese Vorstellungen als überwunden gelten dürften.

Sexismus ist aber nicht nur Rollenzuschreibung, sondern wertende Rollenzuschreibung, bei der fast immer die Frau am Ende als minderwertig dasteht. Was früher juristische Realität war: dass Männer Frauen wie Objekte besitzen, zeigt

sich heute „nur noch“ auf Werbeplakaten und im Fernsehen. Wie oft werden Frauen als Dekorationsobjekt zum Verkauf irgendeiner Ware missbraucht? Welches Bild von Frauen vermitteln die meisten Pornos? Wie sieht's mit Germany's Next Topmodel aus? Oder mit Frauenaustausch? Wie viele Filme kennt ihr, in denen 1. mindestens zwei Frauen mitspielen, die 2. sich miteinander

unterhalten, und zwar 3. über etwas anderes als einen Mann?

Diese Bilder, die wir uns tagtäglich in den Kopf pflanzen, lassen niemanden ungezeichnet und keine Beziehung verschont. Schöner wäre es, wenn wir einander unvoreingenommen begegnen könnten, als die Menschen, die wir sind, mit den Vorlieben, die wir haben. Frei von Zuschreibungen, Einschränkungen und gegenseitigen Kontrollen.

Überwachung

„Big Brother is watching you“ stand im Sommer auf Plakaten rund um den Bismarckplatz; darauf war ein Kind mit Zöpfen und Kleid zu sehen, mit Smartphone in der Hand, wobei Satelliten und Kameras die Bewegung des Kindes verfolgten.

Was bewirkt die Erkenntnis der Überwachung?

Sobald ein Mensch sich beobachtet fühlt, verhält er sich wie ein beobachteter Mensch. Wir alle sind nicht nur Gesetzen, sondern auch ungeschriebenen Verhaltensnormen unterworfen. Vielleicht bist du schon einmal nachts über eine menschenleere Straße getanzt, weil dich dort

niemand schräg anstarren kann. Diese Unbekümmertheit wird von Überwachung gefährdet. Natürlich kannst du dich mit ein wenig Selbstbewusstsein darüber hinwegsetzen, dass irgendwelche Passant*innen dich schräg anstarren, und nachmittags durch die Gegend tanzen. Doch das geht nur, solange du keine negativen Konsequenzen befürchten musst.

Wenn Tanzen auf der Straße verboten wäre, und du befürchten müsstest, dass irgendjemand, der dein Tanzen sieht, es an Leute verrät, die dich später dafür bestrafen werden, wäre bereits dein Tanz auf der Straße ein riskanter politischer Akt. Die Fiesheit der Über-

wachung im digitalen Zeitalter liegt nun hierin: Es wird nicht nur Verhalten verfolgt, das aktuell verboten oder unerwünscht ist, als Ordnungswidrigkeit oder Verstoß gegen Hausordnungen gilt. Sondern die Speicherung der Daten ermöglicht jeder zukünftigen Staatsmacht, dein heutiges Verhalten auf Konformität mit ihren Gesetzen zu überprüfen. So bewirkt Überwachung vor allem eins: Die Kontrolle und Zensur der Bürger*innen über sich selbst.

Inwieweit ist „normales Verhalten“ überhaupt feststellbar?

Die technische Situation sieht in etwa so aus: Bildverarbeitungsprogramme können Personen und Gesichter auf digitalen Videoaufnahmen entdecken (z.B. Google Earth verpixelt nach Protesten Gesichter und Nummernschilder). Andere Programme können die Bewegungsgeschwindigkeit von Personen analysieren und somit plötzliches Loslaufen, eigenartiges Herumlungern, untypische Richtungswechsel etc. im Vergleich mit „normalen“ Bewegungsmustern registrieren. Biometrische Photos ermöglichen deine Identifikation. Zusammen mit Forschung zum Ausdruck von Emotio-

nen ergibt sich ein Stückchen Deutbarkeit deines Gesichtsausdrucks. Der Wust von Wortmüll aus E-Mails und Chats lässt sich nicht nur nach verdächtigen Wörtern durchsuchen, sondern Programme zur Sprachanalyse können auch überprüfen, ob solche Worte sich häufen und in welchem Kontext sie stehen. Diese Programme funktionieren umso besser, je mehr Sprachbeispiele sie zum „Training“ hatten, sodass jede unverschlüsselte E-Mail dazu beitragen kann, die Analyse genauer zu machen. Ein soziales Netz auf Facebook steht offensichtlich online, doch auch andere Internetnutzung kann durch die Verwertung von IP-Adressen und sonstigen Metadaten Rückschluss auf den Lebensstil von uns und unseren Freund*innen liefern. Jedes Handy, jedes Smartphone, ist automatisch eine Ortungswanze (ohne Einloggen bei Funkmasten und Satelliten könnte es nicht funktionieren), deren Daten dann nur noch abgegriffen werden müssen. Durch stille SMS kann bei den Geräten außerdem das Mikrofon angestellt werden. Die Spracherkennung ist gut genug, um die Audiodaten in Text zu verwandeln.

Die Technik ist da; die eigentliche Frage ist nun, welche Daten gesammelt werden, welche Analy-

sen damit durchgeführt werden, und warum. Da kann es um Verkehrsstromregulierung im Autoverkehr zur Staubekämpfung gehen. Oder darum, ein Warnlämpchen aufblincken zu lassen, sobald eine Person ihre Reisetasche in der Fußgängerzone abgestellt hat und dann losspringt. Oder darum, zu bemerken, wenn fünf Leute unauffällig am Bahnhof rumlungern, ehe sie sich zusammenfinden. Wer maßt sich wann mit welchem Recht an, einzugreifen? Wer entscheidet anhand welcher Kriterien, wie die „normalen“ Vergleichsmuster jedes Verhaltens aussehen? Letztlich liegt das Problem darin, dass einige wenige Menschen in der Lage sind, verbindlich darüber zu entscheiden, wie alle Menschen sich verhalten sollen.

Stadtplanung wird auf funktionierende Verkehrsströme ausgerichtet – wird irgendwann jedes Hindernis gebeten, sich aus dem „falschen Platz“ im öffentlichen Raum zu entfernen? Wenn du ein paar Mal beim Warten im Bahnhof, also auf dem Privatgelände der Deutschen Bahn, auf dem Boden saßt bis Securitys dich aufscheuchten – wird dir dann einst verboten den Bahnhof zu betreten, auch wenn es draußen regnet und kalt ist? Demonstrationen werden schon heute mit absurden Auf-

lagen eingeschränkt, vollständig abgefilmt und manchmal die Handydaten aller Anwesenden erfasst wie in Dresden 2011 – kriegt in Zukunft jede Person eine Vorladung zur Polizei, die auf die ungenehmigte Straßenseite gelaufen ist?

Die Reichweite der Konsequenzen, die die Besitzer*innen von öffentlich nutzbarem Privatgelände (wie Einkaufszentren), die Polizei, die Staatsanwaltschaft, oder die Geheimdienste aus der Möglichkeit vollständiger Überwachung ziehen werden, sind unüberblickbar. Absolut klar ist jedoch, dass sie nicht hinnehmbar sind. Eine Gesellschaft, die Freiheit als reibungsloses Funktionieren eines unmenschlichen Apparats definiert und dafür die Menschen darin verklavt, zwingt die Menschen zur Identifikation mit dem Apparat zum Preis der Aufgabe ihrer Identität. Eine Gesellschaft, die von einem lückenlosen Netz der Kontrolle und Repression überzogen ist, hat statt eines kreativen, bunten, lebenswerten Lebens nur noch Verdächtigung, Vereinzelung und Verleumdung zu bieten. George Orwell sah das schon 1948, als er den „Big Brother“ aus seinem Roman „1984“ erfand.

So möchten wir nicht leben. Wir möchten selbst über unsere Lebens-

art bestimmen und solidarisch mit unseren Mitmenschen umgehen.

Außer Kontrolle geraten

Ebenfalls in diesem Sommer enthielt Edward Snowden, was Hacker*innen seit Jahren gepredigt hatten: Geheimdienste überwachen restlos alle Kommunikation, und die informationstechnischen Mittel zur Auswertung der Daten und Metadaten sind vorhanden. Das Problem ist also hinlänglich bekannt. Doch warum tut sich nichts?

Die häufigste Reaktion auf Überwachung ist dumpfe Resignation. Immerhin glaubt kaum noch jemand daran, dass es wirklich um Terrorismusbekämpfung oder Gefahrenabwehr ginge. Die Aufdeckung des 10 Jahre anhaltenden Terrors durch den „Nationalsozialistischen Untergrund“ mit Kenntnis und Unterstützung des deutschen Inlandsgeheimdiensts („Verfassungsschutz“) über V-Leute hat klargestellt, dass dies nur das Label auf der Überwachung ist. In der Defensive zieht man sich darauf zurück, nichts wirklich Kritisches zu verbergen zu haben.

Was die Überwachungsapparate alles interessiert und für welche Zwecke sie ihre Ressourcen einsetzen, zeigte sich, als Heidel-

berger politische Gruppen im Dezember 2010 den Student Simon Brenner als LKA-Polizeispitzel Simon Bromma enttarnt haben. Er beschnüffelte das Bildungsstreik-Umfeld, Kletter-Aktivist*innen und das „No Border“-Camp in Brüssel, ein politisches Aktionscamp für die Rechte von Geflüchteten. Die Überwachung ging bis ins Privatleben der Betroffenen. Bis heute werden die Akten des Falles unter angeblichen Geheimhaltungsgründen den Betroffenen und den Gerichten, die über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes entscheiden sollen, vorenthalten. Lediglich „In camera“-Geheimgerichte wurden bislang damit befasst. Der Fall wird von Justiz und Politik verschleppt.

Immerhin wissen wir jetzt, dass offenbar genügend Ressourcen vorhanden sind, um jegliche nonkonforme Aktivitäten zu überwachen, wie harmlos sie auch sein mögen. Es gibt Schutzmaßnahmen, die von Hacker*innen empfohlen werden und im Internet gut erklärt sind (Nutzung alternativer Suchmaschinen, E-Mail-Verschlüsselung, Off the Record - Chat, anonymes Internet durch Tor oder Darknet); doch auch diese haben Tücken, und lösen im übrigen das Problem nicht. Es sind politische Entscheidungen,

die zuerst die umfassende Sammlung und Speicherung und schließlich die kontrollierende, freiheitsberaubende Nutzung von Daten ermöglichen. Die Machtverhältnisse, die solche politischen Entscheidungen für Überwachung und Kontrolle befördern, gilt es aufzulösen. Wir

müssen die Kontrolle über unser eigenes Leben zurückerlangen, wenn wir nicht mit sehenden Augen in die totalitäre Gesellschaft hineinrennen wollen. Niemand hat das Recht, andere Menschen zu überwachen, zu kontrollieren, zu sanktionieren. Wir wollen selbstbestimmt sein.

Öffentlicher Raum

Was das öffentliche Leben ausmacht, hängt insbesondere von unserem Verständnis von Öffentlichkeit ab. Öffentlichkeit, das heißt, einen Raum zu haben, der für das Gemeinwesen zugänglich ist. Dabei ist unerheblich, ob dieser Raum ein physischer Raum ist, wie ein Gemeinde- oder Kulturzentrum, ein abstrakter Raum, wie das öffentliche Leben, oder ein virtueller Raum, wie das Internet.

Ein öffentlicher Raum existiert dann, wenn dieser wirklich den Menschen zugänglich ist, die zum Gemeinwesen gehören. Wenn der Raum wirklich zugänglich ist. Denn es kommt vor, dass ein Raum zwar per Gesetz oder durch sonstige Behauptung öffentlich zugänglich sein soll, dieser aber aus anderen Gründen nicht genutzt werden kann, oder nur von einem Teil der Menschen.

Dann löst sich der gesellschaftliche Diskurs auf, der eine freie Gesellschaft ermöglichen könnte, die auf Absprache und Konsens zwischen den Individuen beruht. Stattdessen sitzen Menschen oft zu Hause, in einer zunehmend anonym werdenden Stadt, weil wenig Raum für Begegnung existiert. In Heidelberg ist die Altstadt komplett auf Tourismus und Konsum ausgerichtet. Tätigkeiten, von denen man ausgeschlossen sein kann, wenn man nicht über genügend Wohlstand verfügt.

Sobald Menschen den öffentlichen Raum für andere Zwecke nutzen wollen, wird dieser Ausschluss sichtbar. Wer versucht, sich durch Straßenkunst seinen Unterhalt zu verdienen, um eventuell an dem, was in der Altstadt als öffentliches Leben verkauft wird, teilzuhaben, hat

sich an genau vorgegebene Spielzeiten und -orte zu halten.

Wer gemütlich mit Freunden bei einem Bier laue Sommerabende auf den zahlreichen Plätzen Heidelbergs verbringen will, sieht sich mit Gruppierungen wie LindA („Leben in der Altstadt“) konfrontiert, die sich für mehr Überwachung, Kontrollen und Einschränkungen wie beispielsweise ein Alkoholverbot einsetzt, insbesondere, da ihnen die Feierkultur in der Altstadt ein Dorn im Auge ist. Während einerseits das Bedürfnis nach Nachtruhe verständlich ist, ist es realitätsfern, diese im Zentrum der Stadt und im Kneipenviertel kompromisslos einzufordern. Insbesondere gilt dies dann, wenn wie in

Heidelberg alternative unkommerzielle Veranstaltungsorte fehlen.

Und all das unterstützt die Stadt durch eine hohe Präsenz des Ordnungsamtes, welches in seiner übertriebenen Angst, die Ruhe, Ordnung und Sauberkeit der Altstadt könnten in Gefahr geraten, zu jeder Tages- und Nachtzeit Kontrollen durchführt. Freie Entfaltung und unkommerzielle Kultur und Zusammenkünfte sind nicht erwünscht. So scheint nur die Flucht in den privaten Raum zu bleiben, um die Stadt für kommerzielle Großveranstaltungen wie „The Wedding“ oder den „Heidelberger Herbst“ frei zu machen.

In den Kontext gerückt

Mit all diesen Entwicklungen reiht sich Heidelberg in eine straffe Wettbewerbslogik ein, die nun in den meisten Städten überhand zu nehmen scheint. Gentrifizierung, Verdrängung, hohe Mieten, Überwachung und Kontrolle sind Phänomene, die in unzähligen anderen Städten schon angeprangert und problematisiert wurden. Auch dort werden die Forderungen nach unkommerziellen Räumen seit Jahren immer

lauter, gerade nach der Räumung des Instituts für Vergleichende Irrelevanz in Frankfurt oder der aktuellen Bedrohung des Autonomen Zentrums Köln, und auch dort scheint die Stadtpolitik jegliche Art alternativer Lebensformen auslöschen zu wollen. Und dies ist nicht nur bundesweit, sondern in den meisten Städten der Welt zu beobachten.

Nervig genug, dass wir in einem System leben, in dem eine For-

derung nach Freiräumen überhaupt notwendig ist, weil nur dieses es ermöglicht, es in dieser Gesellschaft überhaupt auszuhalten. Umso frustrierender ist dann nicht nur, dass die Forderungen von den jeweilig zuständigen Politiker*innen ignoriert oder gar aktiv bekämpft werden. Die Erkenntnis tut weh, dass die Stadtpolitik sich den Zwängen des Kapitalismus widerstandslos unterwirft. Den Bewohner*innen wird einzig und allein eine Rolle als Konsumierende zugesprochen, in allen ande-

ren Bereichen sind ihre Interessen nicht von belang. Betrachtet man die Wettbewerbsstruktur der Städte untereinander sowie die Logik, unter der die gesamte Stadtenwicklung geführt wird, scheint es plötzlich nicht mehr zielführend, irgendwelche Forderungen an die Politik zu stellen.

Daher ist es an der Zeit, sich etwas anderes zu überlegen, und zusammen zu versuchen, die Verhältnisse zu verändern, uns unsere Städte zurückzunehmen, und dort so zu leben, wie wir es uns vorstellen.

Der folgende Text wurde als Aufruf zur Nachttanzdemo am 27. September 2013 geschrieben.

Aufruf zur Nachttanzdemo 2013 in Heidelberg

Wir wollen zu Hause sein und doch bewegen wir uns durch unsere Stadt wie Gäste in einer fremden Wohnung. Die historischen Fassaden, die bunten Schilder, die jene Häuser schmücken, die uns so nah scheinen und doch so fern geworden sind, sie können uns nicht darin täuschen, dass wir den Ort, an dem wir leben, selbst gestalten wollen.

Aufwändige Imagekampagnen der Stadt erklären uns, wie jung und kreativ, wie hip und romantisch diese Stadt ist, aus der wir, sobald wir den Latte Macchiato im Café mit Schlossblick nicht mehr bezahlen können, schnellstmöglich verdrängt werden sollen. Wir versuchen, den öffentlichen Raum zu nutzen und werden verjagt, sobald wir mit Kreide malen.

Wenn wir das Nachtleben genießen wollen, wird die Innenstadt zur Ruhezone erklärt, wenn Schulabschluss gefeiert wird, prügelt die Polizei auf der Neckarwiese, wenn wir ein Bier in kleiner Runde trinken wollen, weist uns ein Alkoholverbot in unsere Schranken. Der öffentliche Raum, in dem wir leben dürfen, ist

klein und er schrumpft. Ein Jugendzentrum gibt es nicht.

Die Verdrängung von Menschen aus der Stadt geht aber noch weiter. Beinahe unsichtbar werden sozial schwächere Menschen aus dem Stadtbild vertrieben. Obdachlose scheinen das Shopping-Gefühl in der Altstadt zu stören und werden von dort weggeschickt. Die Probleme werden nicht angegangen, sondern versteckt, verboten und weg geschoben. Menschen, die sich bei uns um Asyl bemühen, werden ausgegrenzt und in Vierteln und Lagern am Rande der Stadt einquartiert, von wo sie mangels Geld und Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden, anstatt dass wir sie in unsere Mitte holen.

Durch Mietpreiserhöhung werden oft auch Menschen von Verdrängung und Ausgrenzung betroffen, die schon lange in der Stadt wohnen. Gleichzeitig stehen auch hier viele Gebäude leer. Räume, die für eine unkommerzielle Kultur genutzt werden könnten. Seit Jahrzehnten gibt es hier solche Räume nicht mehr.

Es existieren ein paar kleine Projekte, in denen man sich zum gemeinsamen Essen treffen kann, aber für Ausstellungen, Konzerte, größere Partys oder Veranstaltungsreihen sind sie nicht geeignet. Genau solche Räume aber brauchen wir. Freiräume, in denen wir uns selbst entfalten können, egal wer wir sind oder wer wir sein wollen. Alle Pläne, ein kulturelles Zentrum in der Stadt umzusetzen, wurden jedoch in den letzten Jahren von den städtischen Gremien zerredet oder auf unbestimmte Zeit verschoben. Sie passen nicht ins Konzept, die Stadtviertel durch Kreativwirtschaft gewinnbringend aufzuwerten.

Wir wollen nicht weiter die ausgetretenen Wege gehen, die unsere Selbstbestimmung zunichte machen. Sie sind unerträglich. Die Gesellschaft mag funktionieren, wenn man ihnen diesen stur, ohne aufzusehen, folgt, aber nur zu funktionieren, erscheint uns nicht lebenswert. Wir werden unseren freien Willen niemals preisgeben.

Wir kämpfen mit den Menschen in Hamburg und Berlin, in London und Paris und überall, wo sie sich gegen die Verdrängung aus ihren Städten wehren. Wir sind solidarisch mit all jenen, deren Felder austrocknen, weil ihnen das Wasser

abgegraben wird, um wirtschaftliche Gewinne zu generieren; deren Boden vergiftet wird, um die Rohstoffe zu fördern, nach denen die globale Wirtschaft zu dürsten scheint. Überall, wo die Wirtschaft, der Staat, das Militär Vertreibung einläutet, stellen wir uns entgegen. Für eine Gesellschaft, in der es wieder um die Menschen geht, und nicht nur noch darum, das große Ganze am laufen zu halten. Wo wir gehen und stehen, auf allen Straßen und Plätzen, folgen uns die Augen der Kameras. Wenn wir uns engagieren, durchleuchten Spitzel der Behörden unser Privatleben. Flüchten wir in den virtuellen Raum, wird jeder unserer Schritte überwacht und auf alle Zeit gespeichert. Jeder dieser Schritte dient der Kontrolle, macht uns berechenbar für den Ablauf der großen Maschine. Wir lassen uns nicht länger kontrollieren. Wir werden ausbrechen.

Egal wie viel Wohlstand wir haben, ob uns Behinderungen zugeschrieben werden, egal welchen Geschlechts wir sind, welcher Herkunft, oder welches Alter wir haben, wir müssen selbst entscheiden, wie wir auf diesem Planeten zusammenleben wollen, auf diesem Stück Land und in dieser Stadt. Die Stadt ge-

hört uns und wir werden sie uns zurücknehmen.

Wir werden nicht darauf warten, dass jemand anders anfängt, den öffentlichen Raum neu zu eröffnen. Am 27.09.2013 nehmen wir uns die Straßen. Wir gehen den allerersten kleinen Schritt. Wir tanzen ihn.

Kommt mit uns zur Nachttanzdemo zum Heidelberger Hauptbahnhof ab 18 Uhr und ab 16 Uhr zum Straßenfest auf dem Wilhelmsplatz in der Heidelberger Weststadt! Werdet aktiv, denn die Stadt gehört uns allen!

Der folgende Text wurde als Aufruf zum "Recht auf Stadt-Kongress" und zur Nachttanzdemo 17. - 19. Oktober 2014 in Heidelberg geschrieben.

Aufruf zur Nachttanzdemo 2014 in Heidelberg

Wir leben in der neoliberalen Stadt. Öffentliche Unternehmen wurden privatisiert. Unsere Plätze gehören schicken Cafés und an ihre Tische dürfen wir uns nur setzen, wenn wir bestellen und zahlen. Selbst wenn wir uns mit Bus und Bahn in der Stadt bewegen, sollen wir einen Fahrschein kaufen. Zu manchen Zeiten dürfen wir sogar nur mitmachen, wenn wir besonders viel Geld zahlen: Das günstige Bier aus dem Supermarkt ist in Baden-Württemberg nach 22 Uhr verboten, wer aber genug Geld hat, kann sich selbst Cocktails an der Bar ordern. Wenn wir so wenig Geld haben, dass wir froh sind, wenn wir ein Zuhause auf den Straßen der Stadt gefunden haben, vertreiben uns Polizei und Securitys von den Straßen.

- Für ein Recht auf Stadt jenseits kommerzieller Interessen

Wir haben zu kämpfen mit steigenden Mietpreisen. Frühere städtische Sozialwohnungen wurden privatisiert und die Rendite soll jetzt steigen. Jede Sanierung des Hauses

und jede Aufwertung des Viertels ist für uns kein Grund zu feiern, denn für uns bedeutet es, sich das Zuhause nicht mehr leisten zu können. Die Viertel, die wir erst belebt haben, werden uns zu teuer. Wir sind gezwungen an den Stadtrand zu ziehen. Gentrifizierung heißt dieser Prozess, doch er muss nicht stattfinden.

- Für ein Recht auf Stadt ohne Verdrängung

Wir wollen in verschiedenen politischen und sozialen Formen zusammenleben, in bunten Häusern, Wohnprojekten, besetzten Gebäuden oder auf Wagenplätzen. Doch Gesetze und Richtlinien sind starr nur auf übliche Wohnformen ausgelegt. Sie engen uns ein, schikanieren uns oder schlimmer noch, führen zur Räumung.

- Für ein Recht auf Stadt aller Wohnformen gleichberechtigt nebeneinander

Wir sehnen uns nach einem Ort, an dem wir uns treffen und austau-

schen können. Wo wir träumen, planen und neue Formen des Miteinanders ausprobieren können. Ein Ort in dem nicht kommerzielle Vorträge, Workshops, Konzerte und Partys stattfinden. Wo es Platz für politische Gruppen und Plena gibt.

- Für ein Recht auf Stadt mit einem autonomen Zentrum

Wenn wir als Geflüchtete hier herkommen, werden wir in Lagern fern der Stadtzentren untergebracht. Die sogenannte Residenzpflicht verbietet es uns die Städte aufzusuchen, die in einem anderen Bundesland liegen. Statt Geld erhalten wir erniedrigende Gutscheine, die uns von jeder Bezahlung ausschließen. In unserer eigenen Stadt dürfen wir nicht arbeiten.

- Für ein Recht auf Stadt von Geflüchteten

Doch auch wenn wir hier ganz normal leben, vielleicht sogar hier geboren sind, bekommen wir manchmal zu hören, dass wir hier nicht hingehören. Wenn wir nicht deutsch genug heißen, ist es schwierig sich auf eine Wohnung zu bewerben. Wenn wir nicht deutsch genug aussehen, werden wir abends von den Clubs an der Tür abgewiesen. Auch der Staat macht mit: "Racial Profiling"

heißt diese Praxis; die Polizei kontrolliert Menschen, die nicht deutsch aussehen, weil sie angeblich häufiger gegen das Aufenthaltsbestimmungsrecht oder andere Gesetze verstoßen.

- Für ein Recht auf Stadt ohne den alltäglichen Rassismus

Wenn wir ein Kleid tragen, wird kommentiert ob es gefällt und wie wir darin aussehen. Wir hören Anmachen oder Beleidigungen. Wir sind aber nicht hier um andere zu unterhalten. Wenn wir Männer, Frauen oder andere Geschlechter küssen, bekommen wir zu hören, es wäre eklig oder falsch. Wir haben es satt, dass unsere Identität, unsere Liebe oder unser Begehren ständig ungefragt kommentiert wird.

- Für ein Recht auf Stadt jenseits von Homophobie, Sexismus und Patriarchat

Wenn wir durch die Stadt gehen, wollen Polizist*innen unsere Ausweise sehen und durchwühlen unsere Rucksäcke. Sie begleiten unsere Demonstrationen mit Schlagstöcken und Pfefferspray. Wenn wir öffentliche Plätze überqueren, überwachen Videokameras unser Verhalten. Wenn wir durch die Stadt gehen, speichern Geheimdienste ständig Positionsdaten unserer Mobiltelefone und wenn wir telefonieren,

hören sie mit. Schon vor der Strafe führt die bloße Überwachung dazu, dass Menschen nicht unbeschwert leben, sondern sich aus Angst anpasst und konformistisch verhalten.

- Für ein Recht auf Stadt ohne Überwachung, Anpassungszwang und Kontrolle

Wir wollen bewusst machen, dass unsere Probleme nicht im luftleeren Raum entstanden sind. Mit der Erschaffung eines Kollektivs ist immer die Ausgrenzung von denen verbunden, die nicht zum Kollektiv gehören. Die Erhöhung der eigenen Gruppe bedeutet die Abwertung der fremden Gruppe. Ein Wir-

schaftssystem, das auf Wettkampf und Konkurrenz, auf Druck und Ellbogen aufgebaut ist, produziert Versagensängste und Verlierer*innen. Oft scheint die einzige Möglichkeit die selbsterfahrene Gewalt an andere Menschen weiterzugeben oder Sündenböcke zu suchen. Stattdessen aber sollten wir die gesellschaftlichen Verhältnisse so ändern, dass sich jede* nach ihren Fähigkeiten und nach ihren Bedürfnissen einbringen kann. Für eine Welt, in der alle ohne Angst verschieden sein können.

- Für ein Recht auf Stadt jenseits von Staat, Nation und Kapital

2. Auflage
Heidelberg 2014